Es gilt das gesprochene Wort!

Rede von Landrat Hagen Jobi
zur Einbringung des Entwurfs des Kreishaushaltes 2007
des Oberbergischen Kreises in der Kreistagssitzung am 14.12.2006

Sehr geehrte Damen und Herren !

Ist der Ihnen vorliegende Kreishaushaltsentwurf - ich zitiere einen Bürgermeister, abgedruckt im Remscheider Generalanzeiger – „eine riesige Frechheit“ ?

Oder ist es richtig, dass der Oberbergische Kreis – so ein Kommentar in oberberg-aktuell – doch „nicht der böse Bube ist, auf den man vor Ort losschimpfen kann“.

Diesen Fragen möchte ich mich in den nächsten ca. 15 Minuten stellen, während ich Ihnen die wesentlichen Themen des Haushaltsjahres 2007 erläutere. Im Anschluss daran wird Ihnen Kreiskämmerer Krüger die Details zum Haushaltsplanentwurf 2007 und zur Fortschreibung unseres Haushaltssicherungskonzeptes, auch mit den genauen Zahlen, darstellen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum „bösen Buben“ - und zum Jahr 1969, mit dem sicher einige von Ihnen folgende Ereignisse verbinden:

1969,

das Jahr der ersten Mondlandung,
das Jahr des Musikfestivals „Woodstock“ , der Höhepunkt der Hippiebewegung,
das Jahr des Scheiterns der ersten großen Koalition auf Bundesebene und der Wahl von Willy Brandt zum ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler !

Und schließlich, darauf wollte ich hinaus:

1969 - das Jahr, in dem zum letzten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein ausgeglichener Bundeshaushalt verabschiedet wurde !

Einnahmen und Ausgaben hielten sich also auf Bundesebene im besagten Jahr 1969 zum letzten Mal die Waage. Mit dem Jahr 1970 wurde leider damit begonnen, durch ein stetiges Verschieben des Haushaltsausgleiches letztlich auf Kosten der nachfolgenden Generationen zu leben.
Bis heute war auf Bundesebene keine Partei, kein Parlament und keine Regierung in der Lage, den eingeleiteten Trend wieder umzukehren. Mit Blick auf die anderen öffentlichen Haushalte ist sogar das Gegenteil feststellbar: Die meisten Bundesländer

folgten dem Beispiel des Bundes. Und schließlich übertrafen auch die Ausgaben der kommunalen Haushalte immer häufiger deren Einnahmen.

Das Thema „Haushaltskonsolidierung“ gerät heute zurecht mehr und mehr in die Diskussion. In Nordrhein-Westfalen versuchen inzwischen sage und schreibe 196 Städte, Gemeinden und Kreise mit einem genehmigten Haushaltssicherungskonzept und davon 114 Städte, Gemeinden und Kreise mit einem ungenehmigten Haushaltsicherungskonzept, irgendwann einmal wieder einen Haushaltsausgleich zu erzielen.

Gleichwohl bleiben die finanziellen Aussichten der Kommunen in der Realität düster - mag der Tropfen auf den heißen Stein auch hier und dort herabfallen, insbesondere aufgrund höherer Steuereinnahmen.

Ich erinnere an dieser Stelle an die Prognose unseres Kämmerers, der Ihnen schon in der September-Kreistagssitzung dargelegt hatte, dass sich die Altfehlbeträge in unseren 13 Kommunen bis zum Jahr 2011 voraussichtlich auf insgesamt 266 Mio. Euro summieren werden. Diese Zahl bereitet Sorge – nicht nur den Bürgermeistern, sondern jedem, der im Oberbergischen Kreis und in den Städten und Gemeinden Verantwortung trägt !

Dies alles vorausgeschickt, gilt es heute, Ihnen den Verwaltungsvorschlag zum Kreishaushaltes 2007 zu erläutern und Ihnen darzustellen, welche Aufgaben über die Haushaltsansätze in 2007 finanziert werden.

Zunächst zu den *Kernaufgaben des Kreises*

Hinter dem Kreishaushalt 2007 stehen in erster Linie pflichtige soziale Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger in unseren dreizehn Städten und Gemeinden. Es geht also um Geld, das unmittelbar in die Städte und Gemeinden und an die dort lebenden Menschen zurückfließt, auch wenn es - über die in diesem Jahr um 6,6 Prozentpunkte steigende Kreisumlage - zuvor letztlich von den Bürgerinnen und Bürgern an den Kreis gezahlt wurde.

Unter der Überschrift „Hartz IV“ finanziert der Kreis bekanntlich Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie besondere Beihilfen für alle früheren Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger !

Ferner gehören zu den wichtigen existenzsichernden Leistungen

die Hilfe zur Pflege,
das Pflegewohngeld,
die Hilfe zum Lebensunterhalt und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung an Menschen, die in Heimen leben.

Weil die Auswirkungen des demografischen Wandels gerade in dem zuletzt genannten Bereichen bereits Realität werden und für den Kreishaushalt schon jetzt spürbare zusätzliche Belastungen bedeuten, wird sich die Kreisverwaltung im kommenden Jahr und in den Folgejahren damit beschäftigen, neue Strukturen zu schaffen, die es den älter werdenden Menschen ermöglichen, länger gesund, aktiv und fit zu bleiben, damit sie so lange wie möglich im häuslichen Umfeld leben können. Es bedarf hierzu erheblicher Anstrengungen, nicht nur in den Städten und Gemeinden, sondern auch beim Kreis. Investitionen in diesem Bereich, seien sie personeller oder sächlicher Art, werden sich aber letztlich für alle Beteiligten rechnen, da wir damit den ansonsten vorprogrammierten weiteren Anstieg der diesbezüglichen Ausgaben begrenzen können.

Der demografische Wandel stellt uns überhaupt vor große Herausforderungen. Auch wenn die Gesamtzahl der Einwohner im Oberbergischen Kreis seit 2001 jährlich noch geringfügig steigt, haben einige Kommunen bereits zurückgehende Einwohnerzahlen. Langfristig wird es aber auch im ganzen Oberbergischen Kreis deutlich mehr ältere als jüngere Menschen geben. Ich bin zuversichtlich, dass das vom Kreistag initiierte „Oberbergische Bündnis für Familien“, das in wenigen Tagen offiziell gegründet wird, ein erfolgreiches Startprojekt sein wird und Familien zum Bleiben und zum Zuzug in unseren Kreis bewegen wird. Hiervon profitieren alle: Die Kindergärten, die Personalabteilungen heimischer Unternehmen und die zu Hause zu betreuenden Senioren. Ich rufe daher dazu auf, ein starkes Bündnis mit vielen tatkräftigen Mitgliedern zu gründen.

Zurück zum Sozialetat:

Zusätzliche - erhebliche - Belastungen für den Kreishaushalt 2007 ergeben sich auch durch die Hartz IV-Leistungen. Hartz-IV hat uns bekanntlich allein in 2005 und 2006 unverschuldete Mehraufwendungen in Höhe von 9,7 Mio Euro beschert. Während die Mehrbelastungen aus 2005 zu Lasten der Fehlbetragsentwicklung gehen, müssen die Belastungen aus 2006 nach den Auflagen der Bezirksregierung über die Kreisumlage in 2007 ausgeglichen werden. Die viel zu geringe Bundesbeteiligung in den vergangenen Jahren und die ungerechte Verteilung der Mittel sind ein wesentlicher Grund für die sich einstellenden zusätzlichen Belastungen unserer kommunalen Haushalte.

Um jedenfalls für die kommenden Jahre eine Fortsetzung dieser negativen Entwicklung zu vermeiden, haben wir gemeinsam in den vergangenen Wochen vehement für eine Besserstellung der Kommunen gekämpft. Wir haben erkannt, dass hier die wesentlichen Probleme liegen und wir hier gegensteuern müssen.

Der weit über die regionalen Grenzen gehörte „Gummersbacher Appell“ hat sicherlich ein Stück weit dazu beigetragen, dass der Aufschrei der kommunalen Familie

gehört wurde und der Bund seinen Anteil für 2007 aufgestockt hat. Zwar nicht, wie erhofft, auf 5,8 Mrd. Euro. Immerhin liegt die Bundesbeteiligung mit 4,3 Mrd. Euro doch noch doppelt so hoch, wie seitens des Bundes ursprünglich geplant.

Ungeachtet dessen wird es dabei bleiben, dass Hartz IV auch in 2007 erhebliche zusätzliche Belastungen für den Kreishaushalt verursacht. Daher gehen insgesamt 4,3 Prozentpunkte der Kreisumlage-Erhöhung ausschließlich auf das Konto von Hartz IV. Würde man die zusätzlichen Defizite aus 2005 ebenfalls einbeziehen, so ergäbe sich sogar eine Hartz-IV-bedingte Kreisumlagebelastung in Höhe von 5,7 Prozentpunkten.

Noch einmal sei es an dieser Stelle gesagt: Dahinter steckt das Geld, das der Kreis an die arbeitslosen Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden verteilt, damit sie Miete und Heizkosten begleichen können.

Zum Bereich der Jugendhilfe

Weitere Erschwernisse haben sich auch durch die gesetzlichen Neuregelungen zur Finanzierung unserer Kindertagesstätten ergeben. Wir werden über dieses Thema gleich noch ausführlich beraten. Der von der Verwaltung vorgeschlagene Weg, den Ausfall der Landesmittel über eine moderate Erhöhung der Elternbeiträge bei geringerer Belastung der unteren Einkommensstufen vorzunehmen, erscheint mir eine ausgewogene familienpolitisch sinnvolle Lösung zu sein.

Im übrigen ist der Jugendhilfeetat 2007 durch steigende Fallzahlen – und damit einhergehend – durch höhere Ausgaben gekennzeichnet. Während das Fernsehen medienwirksam eine Super-Nanny in Deutschlands Problemfamilien schickt, unterstützt das Jugendamt des Oberbergischen Kreises still, qualifiziert und nachhaltig mit sozialpädagogischen Familienhelfern. Die Hilfen zur Erziehung tragen unter anderem dazu bei, das Familiengefüge zu stützen, damit Kinder nicht von ihren Eltern getrennt werden müssen.

Der Kreis als Ordnungsbehörde

Die Kreisverwaltung des Oberbergischen Kreises ist in weiten Teilen als Ordnungsbehörde tätig. Zahlreiche Ämter der Verwaltung haben ausschließlich den Auftrag, Gesetze zu vollziehen und zu überwachen. Das ist ein wichtiger Teil unseres „Kerngeschäfts“ – hier müssen wir gut aufgestellt sein. Alle Menschen im Oberbergischen Kreis haben Anspruch auf gesunde Lebensmittel, Heimbewohner und ihre Angehörigen vertrauen auf eine funktionierende Heimaufsicht und die Landwirtschaft erwartet von uns zu Recht eine wirkungsvolle Bekämpfung von Tierseuchen, z.B. der Geflügelpest, der Schweinepest oder der Blauzungenkrankheit.

Wie wichtig die Arbeit der Lebensmittelkontrolleure ist, hat in diesem Jahr der „Nahrungsmittelskandal“ / „Gammelfleischskandal“ gezeigt. Unsere Lebensmittelkontrolleure gewährleisten die notwendige Sicherheit und Unbedenklichkeit von Lebensmitteln. Weil uns der Gammelfleischskandal noch einmal deutlich gemacht hat, wie wichtig Kontrollen sind, haben wir im Stellenplanentwurf 2007 in diesem Bereich eine zusätzliche Stelle vorgesehen, die durch interne Stellenverschiebungen geschaffen wurde. Schon in diesem Jahr haben wir unsere Anstrengungen bei den Kontrollen enorm verstärkt.

Dass wir im Ordnungsbereich auch generell eine ausreichende Anzahl gut ausgebildeter und motivierter Mitarbeiter benötigen, wird niemand bestreiten. Niemand – auch nicht die Bürgermeister im Oberbergischen Kreis – möchten es erleben, dass aufgrund unzureichender Brandschutzmaßnahmen und mangelhafter Kontrollen Schäden an Leib und Leben oder Eigentum entstehen. Der Brand, der zur vollständigen Vernichtung des Kurhauses in Morsbach geführt hat, hat mir noch einmal sehr deutlich gemacht, wie schnell eine Katastrophe entstehen kann. Ich sehe mich aufgrund dessen darin bestätigt, dass in Sachen des Brandschutzes Kompromisse kaum möglich sind.

Gleichwohl – das gilt für den gesamten Ordnungsbereich – steht für die Kreisverwaltung fest, dass überholte - und vor allem überhöhte - Standards kritisch hinterfragt werden müssen. Dies erwarten von uns die Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen wie die oberbergischen Wirtschaftsunternehmen. Eine kritische Überprüfung der bestehenden Standards habe ich daher veranlasst. Sie wird in 2007 fortgesetzt mit dem Ziel, – soweit vertretbar – zu geänderten Arbeitsabläufen mit neuen Inhalten und einem geringeren Personalbedarf zu kommen.

Die innere Verwaltung:

Nicht nur im Ordnungsbereich sind die stetige und konsequente Überprüfung der Arbeitsabläufe und des Ressourceneinsatzes ein wichtiges Thema. Der Forderung des Kreistages nach Stelleneinsparungen kommt die Verwaltung daher seit Jahren nach. Wir haben trotz stetig zunehmender Aufgaben in den vergangenen fünf Jahren 52 Stellen abgebaut. Der Entwurf des Stellenplans 2007 sieht den Abbau weiterer vier Stellen vor. Mittlerweile sind wir allerdings - das sage ich ganz deutlich - an der Grenze des Vertretbaren angekommen. So braucht z.B. das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt die erwähnte personelle Verstärkung gleichermaßen wie das Jugendamt für seine Bezirkssozialarbeit. Die Einführung des Neuen kommunalen Finanzmanagements erfordert ebenfalls die Aufstockung bestimmter Bereiche des Hauses mit qualifizierten Mitarbeitern. Dies alles erreichen wir in 2007 durch interne Stellenverlagerungen.

Im Hinblick auf die Geschäftsausgaben der Verwaltung sieht der Haushaltsplanentwurf 2007 eine Kürzung der Ansätze um fünf Prozent vor. Beim übrigen sächlichen

Verwaltungs- und Betriebsaufwand bleiben wir mit einer 1,4 %-igen Steigerung deutlich unter dem Orientierungsdatum von 3,5 Prozent. Zudem werden wir – Ihre Zustimmung vorausgesetzt – durch eine Schließung der Außenstellen des Gesundheits- und Katasteramtes weitere Kosten einsparen und durch den Verkauf der Liegenschaften zusätzliche Einnahmen akquirieren. Die dezentralen Angebote von Jugend- und Gesundheitsamt werden wir jedoch bedarfsgerecht weiter vorhalten. Dies ist möglich, weil der schulärztliche Dienst nicht von einem bestimmten Gebäude abhängig ist. Es hat sich im Gegenteil bewährt, dass die Schulärzte ihre Aufgaben in den Schulen erledigen. Auch Sprechstunden des Jugendamtes können weiterhin vor Ort abgehalten werden. Die Dienstleistungen des Straßenverkehrsamtes werden wir schließlich unverändert im Kreisnorden und im Kreissüden anbieten.

Außerdem trägt die brandaktuell geschaffene Möglichkeit, Geo-Informations-Daten aus dem Rauminformationssystem Oberberg - kurz: RIO - per Internet abzurufen, dazu bei, den Rückzug der Außenstellen auszugleichen, ja die Dienstleistungen der Kreisverwaltung noch bürgernäher zu gestalten. Die bestehenden Optionen sind dabei erst der Anfang. Denn das Dienstleistungsangebot soll in 2007 und in den Folgejahren kontinuierlich ausgebaut werden. Letztlich wird der Bürger von zu Hause aus, über den heimischen PC, alle erforderlichen Informationen beziehen können.

Zur Wirtschaftsförderung und Regionale 2010

Der Kreis ist auch im Bereich der Wirtschaftsförderung gut aufgestellt.

Wirtschaftsförderung bedeutet unter anderem, Geschäftsprozesse und Verwaltungsverfahren im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften auf die Bedürfnisse der Unternehmen auszurichten. Dies gilt heute mehr denn je, denn schließlich ändert sich das wirtschaftliche Umfeld rasant. Früher haben wir mit den Unternehmen über langfristige Planungen von bis zu 15 Jahren gesprochen. Heute ist ein Zeithorizont von fünf bis sieben Jahren schon sehr lang. Manchmal darf es keine Woche dauern !

Die für ein wirtschaftsfreundliches Verwaltungsverfahren erforderlichen Rahmenbedingungen habe ich für die Kreisverwaltung durch die Einrichtung der Kontaktstelle Wirtschaftsförderung geschaffen. In das Baugenehmigungsverfahren von gewerblichen Bauvorhaben ist die Kontaktstelle Wirtschaftsförderung bereits eingebunden. Es ist unser Ziel, der Wirtschaft ab 2007 für gewerbliche Bauvorhaben verlässliche Bearbeitungszeiten der Dienststellen innerhalb der Kreisverwaltung zu garantieren und einen erweiterten Informations- und Beratungsservice zu bieten. Eine am 08.12.2006 von den Dezernenten und Amtsleitern meines Hauses unterschriebene Zielvereinbarung zur Förderung gewerblicher Bauvorhaben dient dazu, unsere Mitarbeiter in den Ansatz einer mittelstandsfreundlichen Verwaltung einzubinden.

Das Amt für Wirtschaftsförderung arbeitet im Verbund mit Kommunen und der Industrie- und Handelskammer daran, die Konzentration von besonderen „Talenten“,

die in Oberberg vor allem in der Kunststoffverarbeitung, der Medizintechnik, der Umwelttechnik, aber traditionell auch im Bereich der Metallverarbeitung zu finden sind, nachhaltig in Wettbewerbsvorteile für unseren Kreis zu überführen. Wir werden unsere Anstrengungen in diesem Bereich in 2007 im Rahmen der „Kompetenzfeldinitiative Oberberg“ intensiv fortsetzen. Oberberg soll mehr Profil bekommen !

Dabei spielt eine enge Zusammenarbeit mit der FH Köln, Campus Gummersbach, eine wichtige Rolle. Hier werden wir Kooperationen intensivieren und die Verknüpfung mit der Oberbergischen Wirtschaft stärken.

Auch hinsichtlich der Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Oberberg werden wir im kommenden Jahr die begonnenen vielversprechenden Initiativen fortsetzen. Das Wirtschaftsmagazin „Oberbergische Impulse“ und der in diesem Jahr freigeschaltete Internetauftritt „Wirtschaftstandort Oberberg“ werden wir zu diesem Zwecke ausbauen. Den „Grünen Salon Oberberg“ werden wir fortsetzen und weitere Netzwerke unterstützen.

Das Engagement des Oberbergischen Kreises im Rahmen der Regionale 2010 ist in einigen Bereichen ebenfalls Wirtschaftsförderung par excellence. Auf dem Steinmüllergelände werden dank des NRW-Strukturprogramms attraktive Gewerbeflächen in unmittelbarer Nähe zum akademischen Nachwuchs der Fachhochschule geschaffen. Gemeinsam mit der Regionale-2010-Agentur entwickelt der Bergische Abfall-Wirtschaftsverband eine Zukunftsperspektive für die Leppe-Deponie. Ein Kompetenzzentrum für Stoffumwandlung und Umwelttechnologie, ein ökologisches/nachhaltiges Gewerbegebiet, Standort für Wissenschaft und Forschung, sollen eine sinnvolle und zukunftsgerichtete Weiterentwicklung des Deponiegeländes zu einem Innovations- und Wissenschaftsstandort bieten.

Darüber hinaus wird auf Schloss Homburg mit dem Erweiterungsbau das Zusammenwirken von Kultur und Wirtschaft ebenfalls im Rahmen der Regionale 2010 und dank der Unterstützung durch Sponsoren möglich. Auch das Regionale-Projekt „Wasserquintett“ trägt zur Wirtschaftsförderung bei, indem die Vernetzung der Talsperren im Kreisnorden sowohl für Touristen als auch für die Wasserwirtschaft neue Nutzungsmöglichkeiten eröffnet.

Alle diese Projekte hat der Oberbergische Kreis als engagiertes Mitglied im Ausschuss der Regionale 2010 und in anderen regionalen Gremien maßgeblich befördert. Und überall dort, wo die Möglichkeit besteht, setzt sich der Oberbergische Kreis für die Oberbergischen Projekte ein und wirbt für deren Erfolg. Im vielstimmigen Konzert der Interessen ist es nämlich wichtig, mit soviel Einigkeit wie möglich aufzutreten. Derjenige hat die größten Chancen auf Durchsetzung, der mit einer „regionalen Stimme“ spricht.

Als Mitglied im Lenkungskreis der Regionalagentur Region Köln haben wir in diesem Jahr ferner dazu beigetragen, dass 1,6 Millionen Euro Landesfördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds für sechs Projekte flossen, die im Oberbergischen Kreis Programme für arbeitslose Jugendliche, Frauen und Männer jenseits der 50 und Migranten anbieten. Die Fördermittel helfen Organisationen wie der Caritas oder dem Steinmüller-Förderzentrum, sich am Markt zu behaupten. Auch das ist ein Beitrag zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung in Oberberg. Über die neue Förderperiode halten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Wirtschaftsförderung und der Regionalagentur auf dem Laufenden, um auch künftig Oberbergische Projektträger erfolgreich beraten zu können. Dies gilt auch für die neuen Möglichkeiten im Rahmen der europäischen Förderprogramme.

Der Oberbergische Kreis wird diese und weitere Projekte in 2007 aktiv fortsetzen und sich für deren Realisierung einsetzen. Auf unserer Agenda stehen u.a. die Sanierung und die Erweiterung des Berufskollegs in Wipperfürth, um eine zeitgemäße Ausbildung unserer Jugend zu gewährleisten. Wir werden als Oberbergischer Kreis auch unsere beiden Kreiskrankenhäuser in ihren Veränderungsbemühungen in 2007 intensiv unterstützen müssen. Die deutsche Krankenhauslandschaft befindet sich in einem umfassenden Reformprozess. Strukturveränderungen in der Positionierung der Kliniken nach außen und innerbetriebliche Veränderungen von Arbeitsabläufen sind wichtige Maßnahmen, um die Krankenhäuser als leistungsfähige Wirtschaftsbetriebe für die Zukunft konkurrenzfähig zu gestalten. Damit sorgen wir für die gute medizinische Versorgung der Menschen in Oberberg. Diese genießt für uns höchste Priorität !

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach der Darstellung einiger Dinge, die in 2007 zu erledigen sind, erlauben Sie mir Folgendes anzumerken:

Ich habe wirklich großes Verständnis dafür, dass über die Kreisumlage und die damit verbundenen Belastungen der Kommunen - nicht nur in Oberberg, sondern in ganz NRW - alljährlich lebhaft diskutiert wird. Nachvollziehbar ist es für mich auch, wenn eine Erhöhung der Kreisumlage bei manchem Politiker und manchem Bürgermeister Unmut, ja sogar Ärger, hervorruft. Wäre ich nicht Chef der Kreisverwaltung, sondern Bürgermeister in einem der dreizehn Rathäuser, würde ich eine Erhöhung der Kreisumlage um 6,6 Prozentpunkte wahrscheinlich ebenfalls kritisch kommentieren.

Allerdings, meine sehr geehrte Damen und Herren, hat der Gesetzgeber die Kreise in ihrer Eigenschaft als Selbstverwaltungskörperschaften mit einer Vielzahl von Aufgaben zur *eigenverantwortlichen* Erledigung betraut. Die Anzahl der Pflichtaufgaben nimmt stetig zu. Außerdem wünschen die politischen Parteien ausweislich der Haushaltsreden des Jahres 2006 in dem einen und anderen Bereich eine Intensivierung der Bemühungen des Kreises. Schließlich bitten auch die Bürgermeister darum, dass

die Kreisverwaltung originäre Gemeindeaufgaben für die Städte und Gemeinden erledigt. Beispielhaft verweise ich auf die vom Kreis übernommene Aufgabe der Brandschau, für welche die Kreisverwaltung zwei Vollzeitstellen bereithält und finanziert.

Die Kreise verfügen jedoch nicht – und das ist der große Unterschied zu den Städten und Gemeinden - über ein eigenes nennenswertes Steueraufkommen. Neben den Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen, Gebühren, Beiträgen und Erstattungen hat sich der Gesetzgeber für die sog. Umlagefinanzierung entschieden. Die Kreise sind folglich – das kann niemand bestreiten - dazu gezwungen, die Kosten für die Erledigung ihrer Aufgaben zu einem wesentlichen Teil durch die Kreisumlage zu finanzieren.

Glauben Sie mir, sehr geehrte Damen und Herren, für eine gute Lösung halte ich dieses System der Umlagefinanzierung nicht. Denn es muss zwangsläufig zu Unmut führen, wenn die Kreise über die Kreisumlage – wie die Landschaftsverbände bei uns über die Landschaftsumlage - in die ohnehin leeren Kassen der Kommunen „eingreifen“ – und wenn sie dann auch noch einen strukturellen Haushaltsausgleich erreichen wollen, ja sogar erreichen müssen.

Der Haushaltsausgleich auf Kreisebene ist ebenfalls eine Konsequenz der gesetzlichen Vorgaben. Man kann sogar mit guten Gründen behaupten, dass ein Gang in die Haushaltssicherung auf Kreisebene rechtlich unzulässig ist. Viele meiner Landratskollegen argumentieren so und lehnen einen Gang ins HSK ab. Und auch der Landkreistag NRW ist dieser Auffassung. Schließlich haben die Kreise gemäß Paragraph 56 Absatz 1 der Kreisordnung „einen Haushaltsausgleich über die Umlage zu erreichen, wenn ihre sonstigen Einnahmen nicht ausreichen“. Die Möglichkeit einen unausgeglichenen Haushalt zu verabschieden und ins HSK zu marschieren, ist somit auf Kreisebene im Grunde gar nicht vorgesehen.

Ungeachtet dieser rechtlichen Bedenken hat sich der Oberbergische Kreis mit Billigung der Kommunalaufsicht und aus Solidarität mit den 13 Rathäusern im Jahre 2003 freiwillig in die Haushaltssicherung begeben. Ferner sind der Kreiskämmerer und ich persönlich in diesem Jahr beim Innenminister in Düsseldorf und beim Regierungspräsidenten in Köln vorstellig geworden, um zur Entlastung unserer Städte und Gemeinden - gerade mit Blick auf die erheblichen zusätzlichen Belastungen aus Hartz IV - eine Streckung unseres Haushaltsicherungskonzeptes zu erreichen. Innenminister und Regierungspräsident lehnen eine weitere Streckung des HSK aber ab.

Dies als eine „wesentliche Erkenntnis“ vorausgeschickt, gilt es für den Kreis in dieser Situation nicht aus dem Blick zu verlieren, dass durch die Kreisumlage zahlreiche überörtliche Aufgaben finanziert werden und der Kreis eine Ergänzungs- und Ausgleichfunktion wahrzunehmen hat. Gerade dort, wo die Kommunen Aufgaben auf-

grund ihrer geringen Größe nicht erledigen oder nicht mehr erledigen können, ist es Aufgabe des Kreises, einzuspringen.

Die Kreisumlage ist vor diesem Hintergrund *kein* für die Bürgerinnen und Bürger verlorenes Geld. Es fließt vielmehr zurück in die Städte und Gemeinden, zum Wohle der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger.

Außerdem darf der Begriff der kommunalen „Selbstverwaltung“, also eine Aufgabenwahrnehmung in eigener Verantwortung, auch auf Kreisebene nicht vollends zur leeren Hülle verkommen. Die gewählten Kreisorgane, mithin Kreistag und Landrat, sind für die Entscheidungen auf Kreisebene zuständig. Sie allein tragen für diese Entscheidungen die rechtliche und politische Verantwortung. Sie sind es also, die sich gegenüber der Bevölkerung und ggf. vor den Gerichten für die Entscheidungen des Kreises rechtfertigen müssen.

Immer häufiger wahrzunehmenden Forderungen nach einer Mitbestimmung seitens der Städte und Gemeinde in den Angelegenheiten des Kreises trete ich schon aus diesen Gründen entgegen. Sie als Mitglieder des Kreistages und ich als Landrat dieses Kreises wissen sehr gut, welche Themen wir angehen müssen und was unsere Aufgaben sind. Das bedeutet übrigens nicht, dass ich mich Gesprächen mit den Vertretern der Städte und Gemeinden grundsätzlich verschließe.

Bei alledem gilt es, durch ein sparsames und wirtschaftliches Ausgabeverhalten zu einer Konsolidierung des eigenen und der kommunalen Haushalte beizutragen. Daher ist es wichtig, dass die Kreisverwaltung die Personal- und Sachkosten weiterhin kritisch untersucht, ihre Organisation, Aufgaben und Standards ständig hinterfragt und Einsparpotentiale umsetzt. Auf Sicht haben wir diese Hausaufgaben erledigt oder werden sie erledigen.

Ich bin aus diesem Grund sehr froh darüber, dass es gelungen ist, den Stellenplan 2007 um weitere vier Stellen zu reduzieren und weitere Einsparpotentiale, wie eben geschildert, aufzudecken.

Abschließend erlauben Sie mir eine persönliche Antwort auf die eingangs zitierten Fragen.

NEIN, der Kreishaushalt 2007 ist *keine* Frechheit ! Und ein „böser Bube“ ist der Kreis ebenfalls nicht. Der Kreishaushalt 2007 ist vielmehr, wie viele andere zuvor, ein Kompromiss aus Wünschenswertem und Machbarem ! Er ist zudem Ergebnis der gesetzlichen Vorschriften und der Vorgaben von Innenminister und Bezirksregierung!

Letztlich spiegelt der Kreishaushalt 2007 die vielfältige Aufgaben und Themen wieder, die wir im kommenden Jahr anpacken werden. Wir setzen dabei Schwerpunkte und sind aktiv. Und wir stellen uns dem, was auf uns zukommt.

Für die Aufstellung des Haushaltsentwurf 2007 danke ich abschließend Herrn Kreiskämmerer Krüger und den Kolleginnen und Kollegen, die hierbei beteiligt waren. Gleichermaßen gilt mein Dank natürlich auch den übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung. Sie leisten unter immer schwieriger werdenden Bedingungen und bei einer zunehmenden Arbeitsbelastung gute Arbeit. Dafür mein herzlicher und ganz persönlicher Dank.

Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, wünsche ich erfolgreiche Haushaltsberatungen. Für weitergehende Erläuterungen und eine faire Diskussion in der Sache stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.